

PRESSEMITTEILUNG

DGB-Rentenreport Bremen 2020: Altersarmut ist bereits heute ein zentrales Problem

20.01.2020

Mit dem DGB-Rentenreport Bremen 2020 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Situation der Rentnerinnen und Rentner im Land Bremen ausgewertet. **Der Report zeigt: Schon jetzt erhalten viele Rentnerinnen und Rentner in Bremen und Bremerhaven Renten, die für sie Armut bedeuten.** Gründe für diese Entwicklung sieht der Bericht zum einen in rentenpolitischen Entscheidungen Anfang der 2000er Jahre, die zu einer Absenkung des Rentenniveaus führten. Zum anderen sorgen niedrige Löhne und atypische Beschäftigungsverhältnisse für zusätzliche Probleme: Wer dauerhaft geringe Löhne erhält, erhält ebenfalls eine niedrige Rente. „Der DGB-Rentenreport Bremen 2020 zeigt einen dringenden Handlungsbedarf auf“, so **Annette Düring**, DGB-Vorsitzende in Bremen.

Im Land Bremen bezogen 2018 rund 154.000 Menschen Rente. Rentnerinnen und Rentner machen 22,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. **Bei den Bestandsrenten zeichnet sich ein hoher Unterschied zwischen Rentnerinnen und Rentnern auf: Männer erhielten 2018 im Durchschnitt 1.176 Euro Rente, Frauen im Schnitt 694 Euro.** Auch bei Neurentnerinnen und Neurentnern bleiben Unterschiede bestehen: Neurentner erhielten 2018 im Durchschnitt 1.066 Euro Rente, Neurentnerinnen 728€. Zwar ist die durchschnittliche Rente von Neurentnerinnen um 34 Euro gestiegen. Sie liegt aber noch immer 31,7 Prozent unter den Renten von Neurentnern.

Die Entwicklung der Renten schlagen sich in der hohen Armutsgefährdung von Rentnerinnen und Rentnern im Land Bremen nieder. **Drei Viertel der Rentnerinnen und 47 Prozent der Rentner, die 2018 erstmals eine Rente erhielten, bekamen Renten unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 1.035 Euro. Frauen sind daher besonders von Altersarmut betroffen.** 20 Prozent der Neurentnerinnen erhalten Renten unter 300 Euro.

Die großen Unterschiede zwischen Rentnerinnen und Rentnern sind ein Spiegelbild der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Erwerbsleben. Zwar ist der Anteil atypischer Beschäftigung in Bremen zuletzt leicht zurückgegangen. Mit 39,4 Prozent ist ihr Anteil jedoch noch immer viel zu hoch. **Annette Düring** hält diesbezüglich fest: „Gute Löhne sind häu-

Region Bremen-Elbe-Weser

PM 2

Dennis Zagermann
Gewerkschaftssekretär

dennis.zagermann@dgb.de

Telefon: 0421-33 57 620
Telefax: 0421-33 57 660
Mobil: 0170 7863 098

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

<https://bremen.dgb.de>

fig Männerlöhne. Gerade von Frauen geprägte Branchen sind von niedrigen Löhnen, prekären, atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Tariffucht betroffen. Die Folge ist eine schlechte Rentenerwartung für Frauen. Um die Rente zu stärken ist daher nicht nur ein Kurswechsel in der Rentenpolitik nötig. Auch der Arbeitsmarkt muss in Ordnung gebracht, der Niedriglohnsektor zurückgedrängt und die Tarifbindung gestärkt werden.“

Handlungsbedarf zeigt sich auch bei der Erwerbsminderungsrente. Zwar hat sich die Rentenhöhe bei der Erwerbsminderungsrente leicht verbessert. Frauen erhielten 2018 im Schnitt 76€ mehr Erwerbsminderungsrente als im Jahr 2000, während Männer 96 Euro weniger Erwerbsminderungsrente erhielten. **Allerdings liegen Erwerbsminderungsrenten mehrheitlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.035 Euro: Dies galt 2018 für 90 Prozent der Frauen und 81 Prozent der Männer im Land Bremen.** Die Erwerbsminderungsrente stellt somit ein zentrales Armutsrisiko dar. „Bei den Erwerbsminderungsrenten besteht erhöhter Handlungsbedarf“, so **Annette Düring**.

„Der DGB Bremen und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen, dass die Bundesregierung die Grundrente auf den Weg gebracht hat. Nun sind jedoch weitere rentenpolitische Schritte nötig, um das gesetzliche Rentenniveau vor einem weiteren Sinkflug zu stoppen und Altersarmut, insbesondere für Frauen, effektiv zu bekämpfen“, fasst **Annette Düring** die Ergebnisse des DGB-Rentenreports Bremen 2020 zusammen. „Ein Kurswechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig. Um der zunehmenden Altersarmut entgegen zu wirken und das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, muss die Regierung weitere Schritte einleiten!“, so **Annette Düring**.

Der DGB fordert daher, dass das Rentenniveau auf 48 Prozent stabilisiert und im nächsten Schritt auf 50 Prozent angehoben wird. Um die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, sollten versicherungsfremde Leistungen voll aus Steuermitteln finanziert und Griffe in die Rentenkasse durch ungedeckte Leistungen unterbunden werden. Die Rentenversicherung muss mittelfristig als Erwerbstätigenversicherung ausgebaut und ihre BeitragszahlerInnenbasis gestärkt werden. Eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und eine Reduzierung der Zahl an ErwerbsminderungsrentnerInnen ist dringend geboten. Der Schlüssel hierzu ist Gute Arbeit und eine Stärkung des betrieblichen Gesundheitsschutzes.

Pressekontakt: Dennis Zagermann, Gewerkschaftssekretär, 0170-7863098